

Stadtverordnetenversammlung

Landeshauptstadt Potsdam

Niederschrift 34. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Bildung und Sport

Sitzungstermin: Dienstag, 16.01.2018

Sitzungsbeginn: 17:30 Uhr **Sitzungsende:** 19:50 Uhr

Ort, Raum: Raum 1.077, Stadthaus, Friedrich-Ebert-Str. 79/81

Anwesend sind:

Ausschussvorsitzender

Herr Clemens Viehrig CDU/ANW

Ausschussmitglieder

Herr Stefan Wollenberg DIE LINKE

Herr Uwe Adler SPD

Herr Daniel Keller SPD ab 17:45 Uhr, TOP 3.2

Frau Ingeborg Naundorf Bündnis 90/Die Grünen

Frau Annina Beck DIE aNDERE

zusätzliches Mitglied

Herr Johannes Baron v. d. Osten FDP

gen. Sacken

stellv. Ausschussmitglieder

Frau Dr. Karin Schröter DIE LINKE

sachkundige Einwohner

Herr Roman Böttcher DIE aNDERE Frau Christiane Erning Potsdamer

Demokraten/BVB Freie

Wähler

Herr Viktor Kalitke

Frau Tina Lange DIE LINKE

Frau Grit Schkölziger SPD Herr Steve Schulz SPD

Herr Ronald Sima DIE LINKE

Frau Eva Wieczorek Bündnis 90/Die Grünen ab 17:35 Uhr

Herr Hans-Joachim Ziebarth CDU/ANW

Beigeordnete

Frau Noosha Aubel Beigeordnete

Bildung,Kultur,Sport

Nicht anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Frau Gesine Dannenberg DIE LINKE entschuldigt

sachkundige Einwohner

Herr Christian Porath Bürgerbündnis-FDP nicht entschuldigt

Schriftführerin:

Frau Anika Hildebrandt, Fachbereich Bildung und Sport

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
 Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des
 öffentlichen Teils der Sitzung vom 19.12.2017/ Feststellung der öffentlichen
 Tagesordnung
- 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 3.1 Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für die Haushaltsjahre

2018/2019

Vorlage: 17/SVV/0951

Oberbürgermeister, Geschäftsstelle Haushalt und Finanzsteuerung

3.2 Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes KIS für das Wirtschaftsjahr 2018

Vorlage: 17/SVV/0952

Oberbürgermeister, Kommunaler Immobilien Service

3.3 Zukunftsprogramm 2022

Vorlage: 17/SVV/0953

Oberbürgermeister, Fachbereich Steuerung und Innovation

3.4 Kunstrasenplatz Nowawiese

Vorlage: 17/SVV/0286 Fraktion DIE aNDERE

3.5 Errichtung einer Grundschule in Babelsberg

Vorlage: 17/SVV/0365 Fraktion DIE LINKE

3.6 Einwohnerversammlung im Ortsteil Fahrland gemäß § 4 Abs. 1 in Verbindung mit § 4 Abs. 1 Nr. b) und e) der Hauptsatzung der Landeshauptstadt Potsdam

Vorlage: 17/SVV/0739

Oberbürgermeister, GB Soziales, Jugend, Gesundheit und Ordnung

3.7 Standortsicherung Montelino

Vorlage: 17/SVV/0890 Fraktion DIE aNDERE

3.8 Satzung über die Bildung von Schulbezirken der Landeshauptstadt Potsdam

Vorlage: 17/SVV/0898

Oberbürgermeister, Fachbereich Bildung und Sport

3.9 Grundschulstandort Heinrich-Mann-Allee

Vorlage: 17/SVV/0913 Fraktion DIE LINKE

3.10 Ergebnis der Prüfungen zur Erneuerung und Modernisierung des Sportplatzes

zum Kahleberg, Waldstadt Vorlage: 17/SVV/0923

Oberbürgermeister, Kommunaler Immobilien Service

3.11 Berichterstattung zur Verbesserung der IT an Schulen

Vorlage: 17/SVV/0924

Oberbürgermeister, Fachbereich Steuerung und Innovation

- 4 Mitteilungen der Verwaltung
- 4.1 Schulstandort im Bereich der Medienstadt

gemäß DS: 17/SVV/0238

4.2 Berichterstattung Evaluierung Luftschiffhafen

gemäß DS: 15/SVV/0714

- 5 Sonstiges
- 5.1 nächste Ausschusssitzung

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende eröffnet die Sitzung.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des
öffentlichen Teils der Sitzung vom 19.12.2017/ Feststellung der öffentlichen
Tagesordnung

Herr Viehrig stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind **6** stimmberechtigte Mitglieder bzw. stellvertretende Mitglieder des Ausschusses anwesend.

Gegen die Niederschrift der Sitzung vom 19.12.2017 erheben sich keine Einwände. Der Niederschrift wird **einstimmig zugestimmt.**

Herr Viehrig schlägt vor, den Tagesordnungspunkt 3.5 – Errichtung einer Grundschule in Babelsberg, gemeinsam mit dem Tagesordnungspunkt 4.1 – Schulstandort im Bereich der Medienstadt, zu behandeln.

Der so geänderten Tagesordnung wird einstimmig zugestimmt.

Folgende Anträge auf Rederecht liegen vor:

 zum TOP 3.1 - Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für die Haushaltsjahre 2018/2019
 Frau Wallesch (Arbeitsgruppenleiterin Ergebnishaushalt)
 Herr Lenke (Arbeitsgruppenleiter Investitionsmanagement)

- zum TOP 3.2 Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes KIS für das Wirtschaftsjahr 2018
 Frau Wallesch (Arbeitsgruppenleiterin Ergebnishaushalt)
 Herr Lenke (Arbeitsgruppenleiter Investitionsmanagement)
- zum TOP 3.8 Satzung über die Bildung von Schulbezirken der Landeshauptstadt Potsdam Herr Roggenbuck (Ortsvorsteher Marquardt)

Den vorliegenden Rederechten wird zugestimmt.

zu 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 3.1 Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für die Haushaltsjahre 2018/2019

Vorlage: 17/SVV/0951

Oberbürgermeister, Geschäftsstelle Haushalt und Finanzsteuerung

Frau Aubel berichtet über die Haushaltsplanung der Verwaltung.

Im gesamten Geschäftsbereich 2 stehen für das Haushaltsjahr 2018 ca. 4 Mio. € und für das Haushaltsjahr 2019 weitere 3 Mio. € im Plan.

Diese Zahlen umfassen den Bereich Kultur und Museen sowie den Bereich Bildung. Die Investitionen für Schulneubauten etc. sind allerdings im Wirtschaftsplan des KIS enthalten. Des Weiteren enthält dieser die Maßnahmen zur Sportförderung, welche aus der Vorjahresplanung fortgeschrieben werden. Die Sportförderung deckt auch zusätzliche Investitionen für den Luftschiffhafen Potsdam, welche perspektivisch in den Jahren 2018 und 2019 erfolgen sollen.

Herr Wollenberg sieht eine sofortige Abstimmung über die Haushaltssatzung als verfrüht an, da man in den einzelnen Fraktionen die Haushaltsberatungen noch nicht abgeschlossen habe und Änderungsanträge fraktionsintern Beraten werden müssen, auch weil es sich dieses Mal um einen Doppelhaushalt handelt.

Die Haushaltsberatung des Finanzausschusses findet bereits vor der nächsten Sitzung des Ausschusses für Bildung und Sport statt, daher besteht keine Möglichkeit die Tagesordnungspunkte in der nächsten Sitzung am 22.02.2018 erneut auf die Tagesordnung zu setzen.

Frau Wallesch bittet die Kurzfristigkeit zu entschuldigen. Die Kämmerei hat diese Frist für Änderungsanträge gesetzt, da eine Nachbearbeitungszeit seitens der Kämmerei eingeplant werden müsse.

Herr Viehrig schlägt vor, bei Bedarf eine außerordentliche Sitzung am 13.02.2018 einzuberufen, in welcher nur die Haushaltsthemen beraten werden. Die Ausschussmitglieder stimmen einer außerordentlichen Sitzung zu.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen und bis zur außerordentlichen Sitzung am 13.02.2018 zurückgestellt.

zu 3.2 Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes KIS für das Wirtschaftsjahr 2018 Vorlage: 17/SVV/0952

Oberbürgermeister, Kommunaler Immobilien Service

Herr Keller ist nun anwesend. Damit sind 7 stimmberechtige Mitglieder, bzw. stellvertretende Mitglieder des Ausschusses anwesend.

Herr Viehrig informiert, dass die Berichterstattung zum Sachstand der Baumaßnahmen zur Schulentwicklungsplanung dieses Mal nicht auf der Tagesordnung steht, weil es feiertagsbedingt keinen neuen Sachstand gibt. Herr Richter wird aber in seinen Erläuterungen zum Wirtschaftsplan auf einige Schulen eingehen.

Herr Richter stellt anhand einer Präsentation den Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes KIS vor. Er geht dabei auf die Investitionsplanung für 2018 sowie die Entwicklung der Zuschüsse ein. Er zeigt eine Übersicht der geplanten Standorte für Schul-, Hort- und Kitaneubauten und geht auf die Maßnahmen an den einzelnen Schulen und Sportstätten ein (Anlage).

Herr Viehrig fragt, ob es Planungen zum Umzug der Sanitär-Container am Kahleberg gibt.

Herr Richter informiert, dass der Schulsport mit den vorhandenen Sanitäranlagen abgesichert sei. Er verweist auf den Tagesordnungspunkt 8.10, zur Modernisierung des Sportplatzes zum Kahleberg.

Frau Erning fragt, ob Krampnitz erst später projektiert wird, da Krampnitz in der Präsentation nicht vorkommt.

Herr Richter erläutert, dass der Standort, solange er eine Entwicklungsmaßnahme ist, nicht im Wirtschaftsplan des KIS auftauchen wird, da er aus der Entwicklungsmaßnahme finanziert und umgesetzt werde.

Auf Nachfrage von **Frau Erning**, nach Fahrland, erklärt **Herr Richter**, dass für eine Aussage zur Regenbogenschule Fahrland erst die aktuelle Bevölkerungsprognose seitens der Stadt nötig war. Da diese nun vorliegt, wird in der Änderungsliste die 3-zügigkeit mit aufgenommen werden. Ebenfalls wird die Containeranlage am Standort der Goetheschule mit aufgenommen werden.

Frau Erning bittet um Erläuterung zur Höhe der Summe für die Karl-Förster Schule.

Herr Richter informiert, dass der KIS beabsichtigt, dass die Karl-Förster Schule im Jahre 2019 Eigentum des KIS wird und danach mehrere Brandschutzmaßnahmen, sowie einige Änderungswünsche der Schule umgesetzt werden müssen.

Herr Baron v.d. Osten Sacken fragt, warum die erheblichen Überschüsse, welche sich oft bei den Jahresabschlüssen, entgegen der Planungen durch Bauverzögerungen etc. ergeben nicht von vornherein mit in den Haushalt eingeplant werden können. Nach seinem Kenntnisstand werden Überschüsse in den Rücklagen abgebildet und nicht im Ertrag.

Herr Richter erklärt, dass die Verwaltung immer versuche, den Haushalt möglichst nahe an der Realität zu planen.

Für den KIS ist die Aussage bezüglich der Überschüsse so nicht richtig, denn der KIS hat meistens um die "schwarze 0" herum geplant und auch so abgeschlossen.

Herr Wollenberg fragt nach dem in der Präsentation aufgeführten Grundstücksankauf Esplanade.

Herr Richter erläutert, dass sich die Schulen darauf geeinigt haben, dass nicht die Gesamtschule um eine Containeranlage erweitert wird, sondern neben der Gesamtschule eine neue Gesamtschule in einer Containeranlage aufwächst. Diese Containeranlage ist die in der Präsentation dargestellte Position.

Herr Wollenberg fragt nach, ob es auch Maßnahmen gibt die ausgefallen oder verschoben sind. Herr Richter verneint dies.

Herr Wollenberg bittet um Erläuterung, welche Mittel und welcher Zeitplan für die Waldstadt Grundschule geplant sind.

Herr Richter informiert, dass die neue Planung der bisherigen Planung gleicht und die Mittel weiterhin enthalten bleiben.

Herr Schulz fragt nach, ob es auch Planzahlen für die Nutzung oder Sanierung der Preußenhalle gibt.

Herr Richter informiert, dass es zur Preußenhalle eine nicht öffentliche Mitteilungsvorlage gibt, in welcher mehrere Finanzierungsvarianten untersucht wurden und entsprechend dieser Vorlage bisher noch nichts in der Investplanung zu finden ist.

Frau Erning fragt an, ob es für den Standort Fahrland ein Zeitfenster gibt. **Herr Richter** erklärt, dass es eine Übergangslösung zum Schuljahr 2019/2020 geben werde.

Frau Aubel berichtet zur Regenborgenschule in Fahrland, dass nach ersten Überlegungen der erste Bauabschnitt im Jahr 2021/22 realisiert werden soll. Im darauf folgenden Jahr soll der zweite Bauabschnitt erfolgen. Der Abriss und Neubau der Turnhalle soll im Jahr 2024 und die Neugestaltung und Sanierung der Außenanlagen im Jahr 2025-2026 erfolgen.

Frau Erning bittet darum die Schulen zeitnahe über die Planung zu informieren und merkt dabei an, dass die Schulleitung in Fahrland derzeit noch keinerlei Informationen hat.

Herr Richter sichert zu, dass die Schule, sobald Investitionsmaßnahmen seitens des KIS erfolgen, eingebunden wird.

Frau Aubel merkt an, dass dabei zwei Aspekte berücksichtigen werden müssen. In Fahrland ist die Schulleitung selbstverständlich vom zuständigen Fachbereich informiert worden, dass aufgrund der neuen Bevölkerungsprognose der dritte Zug dauerhaft etabliert werden muss. Schulleitungen bemängeln jedoch oft, dass die einzelnen Bauunternehmen sich nicht vorab in den Schulen anmelden um Abstimmungen zu den anstehenden Arbeiten zu treffen. Dies sei jedoch Sache der einzelnen Unternehmen.

Herr Richter ergänzt, dass dies ein grundsätzliches Problem sei, welches auch oft bei den Wartungsfirmen auftritt, obwohl in den Wartungsverträgen mit den Firmen festgehalten ist, dass diese sich vorab in den Schulen anzumelden haben.

Frau Beck fragt warum in der Präsentation nicht nur der Haushalt 2018/2019 dargestellt ist.

Herr Richter erläutert, dass es sich beim Haushaltsplan der Landeshauptstadt Potsdam um einen Doppelhaushalt handle, dass für den KIS als Eigenbetrieb jedoch gesetzlich geregelt sei, nur Jahrespläne aufzustellen und daher in der Präsentation der Erfolgsplan für ein Jahr und der dazugehörige Investitionsplan, der für 4 Jahre also bis 2021 vorgesehen ist, dargestellt sei.

Frau Beck fragt nach, warum die Turnhalle in der Rudolf-Breitscheid-Straße an einen privaten Investor verkauft wurde.

Herr Richter erklärt, dass er zu dieser Zeit noch kein Werksleiter war und daher dazu keine Auskunft geben kann.

Frau Naundorf fragt, was passiert, wenn die Schülerzahlen in diesem Jahr weiter ansteigen und sie sich gegebenenfalls verdoppeln.

Herr Richter informiert darüber, dass dies voraussichtlich nicht passieren werde, da die Stadt mindestens ein Jahr Entwicklung voraussehen kann, notfalls aber auch gut aufgestellt ist, was kurzfristige Containerlösungen betrifft.

Frau Naundorf merkt an, dass in der Präsentation keine weitere Grundschule in Babelsberg eingeplant ist.

Herr Richter erklärt, dass die Schule so lange nicht im Wirtschaftsplan des KIS zu finden sein wird, bis der KIS auch tatsächlich den Auftrag erhält diese Schule zu bauen.

Frau Lange fragt an, ob es möglich ist zur nächsten Ausschusssitzung eine räumliche Planung zum Standort Krampnitz zu erhalten.

Herr Richter verneint dies. Er erläutert, dass der KIS die Finanzen jetzt in die Änderungsliste mit aufnehmen wird und wenn der Wirtschaftsplan des KIS beschlossen wurde ein Planer beauftragt wird, welcher sich gemeinsam mit der Schulverwaltung und der Schulleitung im Detail dazu abstimmen wird. Sobald danach vom Planer der erste Entwurf vorliegt und dazu weitere interne Abstimmungen erfolgt sind, kann dieser Entwurf gern auch im Ausschuss für Bildung und Sport vorgestellt werden. Ein Entwurf könne voraussichtlich vor der Sommerpause vorliegen.

Frau Lange fragt an, ob man seitens der Verwaltung einen Planungsbericht zu Krampnitz erhalten kann.

Frau Aubel bittet hierzu um Geduld, da sich aufgrund der aktuellen Bevölkerungsprognose die zu erwartende Einwohnerzahl in Krampnitz nach oben hin korrigiert hat. Somit müssen erst noch weitere interne Abstimmungen erfolgen. Sie sichert einen Bericht im Laufe dieses Jahres zu.

Herr Böttcher fragt nach wie sich der in der Präsentation angegebene Betrag zur Sanierung der Schule und Turnhalle der Schilfhofschule zusammensetzt.

Herr Richter erläutert, dass sich der Betrag von insgesamt ca. 6,5 Mio. € aus den Beträgen der Jahre 2017, 2018 und 2019 zusammensetzt.

Auf Nachfrage von Herrn Böttcher, informiert Herr Richter zur Planung des Sportforums am Schlaatz. Bisher sei noch keine umfängliche Planung erfolgt, es gebe aber Skizzen zur Umsetzung. Geplant sei es, die Ringer des RC Germania, die Gewichtheber des Athletik Club Potsdam und die Judoka des SV Motor Babelsberg am Standort Wettkampfs- und Trainingsmöglichkeiten zu geben. Eine Doppelnutzung durch Schul- und Vereinssport werde geplant.

Herr Gessner ergänzt, dass beim Sportforum Schlaatz keine der bisherigen Flächen verloren gehen. Alle Anlagen sollen auf bislang ungenutzten Nebenflächen entstehen.

Herr Böttcher fragt nach der Position Sportplatz Schlaatz "Erneuerung Oberbelag"

Herr Richter erklärt, dass hier ein Neuaufbau des Belages geplant sei.

Herr Gessner ergänzt, dass hier das so genannte Retopping-Verfahren angewandt wird bei dem nur die Deckschicht erneuert wird.

Frau Wieczorek fragt, ob bei steigender Einwohnerzahl auch beim Personal aufgestockt werde. **Herr Richter** informiert, dass im investiven Bereich des Wirtschaftsplanes entsprechende Personalkosten geplant seien. Ein Stellenaufwuchs sei eingeplant. Insgesamt werde es 6 neue Stellen geben.

Frau Aubel ergänzt, dass zurzeit Optimierungsmaßnahmen in Planung seien. Ein Planungsbüro werde verwaltungsintern installiert, um die Planungsqualität perspektivisch zu verbessern.

Auf Nachfrage von **Frau Wieczorek** zum Sachstand der Planung bezüglich des Schul- und Kitacampus Waldstadt informiert **Herr Richter**, dass es schwer sei, die entsprechenden Mitarbeiter zu gewinnen. Aufgrund der aktuellen Marktsituation seien die Ingenieurstellen nicht besetzt. Ein Verfahren laufe aber.

Frau Wieczorek erfragt den Beginn des Architektenwettbewerbs zum neuen Campus Waldstadt.

Herr Richter informiert darüber, dass der Zeitplan dazu noch nicht feststeht.

Auf Nachfrage von **Herrn Keller** zur Arbeitsgruppe Schulentwicklungsplanung und zur Frage ob die Schulentwicklungsplanung aktualisiert oder fortgeschrieben werde antwortet **Frau Aubel**, dass eine kontinuierliche Fortschreibung erfolgt.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen und bis zur außerordentlichen Sitzung am 13.02.2018 zurückgestellt.

zu 3.3 Zukunftsprogramm 2022

Vorlage: 17/SVV/0953

Oberbürgermeister, Fachbereich Steuerung und Innovation

Frau Aubel informiert dass es den Geschäftsbereich 2 betreffend 4 Maßnahmen gibt die zum Teil weiter fortgeschrieben werden und zum Teil neu hinzugekommen sind. Zum einen das Thema Erhöhung der Schlüsselzuweisung in Bezug auf den Schullastenausgleich, weiterhin die Optimierung des

Luftschiffhafens sowie die AZAV Zertifizierung der Volkshochschule und die Personal Berechnung.

Herr Viehrig bittet darum, dass sollten sich nach den Haushaltsprüfungen in den Fraktionen noch weitere Fragen zum Haushalt ergeben, diese Fragen nicht erst in der Sondersitzung am 13.02.2018 an die Verwaltung gerichtet werden, sondern die Verwaltung diese vorab zur Vorbereitung erhält, damit die Vorlagen in der Sondersitzung entsprechend behandelt werden können.

Herr Keller bringt ein, dass es in der Vergangenheit einen haushaltsbegleitenden Antrag zur entgeltfreien Nutzung von Flutlichtanlagen in Form einer Änderung der SPAN gab. Da dies bisher noch nicht umgesetzt wurde, mit der Begründung, dass die Vorlage noch überarbeitet werde, bittet er darum, dass dieser haushaltsbegleitende Antrag aufrechterhalten wird.

Herr Gessner erläutert, dass die Änderung der SPAN formal noch nicht beschlossen wurde, gleichwohl der Beschluss schon zur Kenntnis genommen wurde und derzeit keine Rechnungsstellung erfolgt.

Herr Viehrig bittet um Information dazu an die Vereine, damit diese keine unnötigen Rücklagen bilden müssen.

Herr Viehrig informiert, dass bereits ein positives Votum des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr vorliegt.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen und bis zur außerordentlichen Sitzung am 13.02.2018 zurückgestellt.

zu 3.4 Kunstrasenplatz Nowawiese Vorlage: 17/SVV/0286

Fraktion DIE aNDERE

Herr Richter stellt die Simulation der Beleuchtung vor (Anlage 2). Er informiert darüber, dass es rechtlich problematisch sei die Beleuchtung in Größe und Anzahl zu erhöhen und verweist dazu auf eine Stellungnahme des Rechtsamtes in welcher der KIS darauf hingewiesen wird, dass er, wenn er wissentlich, dass die DIN-Norm nicht eingehalten wird, Vereine den Platz nutzen lässt, im Schadenfall haftet, wenn die mangelhafte Beleuchtung schadensursächlich war. Der Sportplatz wäre erst mit einer Änderung der Beleuchtungsanlagen auf 12 Meter Höhe DIN-gerecht, allerdings darf der KIS die Beleuchtung nicht auf 12 Meter erhöhen.

Herr Böttcher wirft ein, dass dieser Platz dann umsonst gebaut wurde, denn der Fachbereich vergibt Spielzeiten von 16:00 Uhr bis 21:00 Uhr in welcher der Platz ohne Beleuchtung nicht bespielbar ist. Da der Platz dann nur tagsüber bespielbar ist, wäre nur eine Nutzung für den Schulsport denkbar, für den allerdings auf diesem Platz kein Bedarf besteht. Er bittet darum dem Antrag zuzustimmen, da somit trotzdem eine Verbesserung der aktuellen Situation erzeugt werden kann.

Herr Richter weist darauf hin, dass er sobald er eine Verbesserung der Beleuchtung des Platzes erzeugt, die jedoch trotzdem nicht DIN-gerecht sein wird, haftungsbedingt auch dazu verpflichtet ist zu kontrollieren ob der Platz nur

dann genutzt wird, wenn er nach DIN-Vorschriften ausreichend beleuchtet ist. Er müsste Vereine, die diesen Platz ohne entsprechende Beleuchtung nutzen sanktionieren.

Herr Böttcher bittet den Fachbereich Ersatzflächen für die Sportvereine zur Verfügung zu stellen.

Herr Gessner erläutert den Rahmenvertrag zu den Nutzungszeiten. Es bestehe über den Rahmenvertrag hinaus eine Platzordnung des Eigentümers, in welcher vermerkt ist, dass nach Einbruch der Dunkelheit die Benutzung des Platzes untersagt ist.

Es wird von **Herrn Keller** um Abstimmung zu diesem Antrag gebeten, da dem Ausschuss nun sämtliche Fakten vorliegen um abstimmen zu können und ein Votum für die SVV abzugeben.

Frau Beck bittet darum festzuhalten, dass es der Fraktion nicht um eine Mehrleistung gehe, sondern nur darum, dass, was im Bauantrag steht und genehmigt wurde auch hergestellt wird.

Die geänderte Fassung des Antrages wird zur Abstimmung gestellt.

Der Ausschuss für Bildung und Sport empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die DS 17/SVV/0286 "Kunstrasenplatz Nowawiese" in folgender Neufassung beschließen:

Betr.: Beleuchtung Nowawiese

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, auf dem städtischen Sportplatz Nowawiese für eine hinreichende Trainings-Beleuchtung zu sorgen.

Hinreichend meint in diesem Zusammenhang die Aufstockung der derzeit 6 um weitere 10 auf insgesamt 16 Strahler, die Verdopplung des Lichtstroms der Lampen von derzeit 22.000 lm auf mindestens 50.000 lm (400 W) sowie die Nutzung von Leuchtmitteln mit breitstreuender Lichtstärkeverteilung.

Die nutzenden Sportvereine sollen in die Umsetzung eingebunden werden, sodass vorhandenes Know-How zielführend genutzt werden kann. Die Stadtverordneten und der Ausschuss für Bildung und Sport sind bis zum Februar 2018 über den Sachstand zu unterrichten.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 1
Ablehnung: 2
Stimmenthaltung: 4

Der Antrag wird abgelehnt.

zu 3.5 Errichtung einer Grundschule in Babelsberg Vorlage: 17/SVV/0365

Fraktion DIE LINKE

Wird gemeinsam mit dem Tagesordnungspunkt 4.1 behandelt.

zu 4.1 Schulstandort im Bereich der Medienstadt

gemäß DS: 17/SVV/0238

Frau Aubel informiert über den aktuellen Sachstand. Am 31.01.2018 wird in der Stadtverordnetenversammlung eine diesbezügliche Beschlussvorlage eingebracht werden. Der Geschäftsbereich hat zusammen mit KPMG-Law das bereits bekannte Gutachten mit den neuesten Erkenntnissen verifiziert und ausloten lassen, wie die Vergabe zu erfolgen hat und inwiefern die Kommunalaufsicht einzubinden ist. Es ist leider nicht gelungen, Kommunalaufsicht davon zu überzeugen auf die Erstellung der vorläufigen Wirtschaftlichkeitsuntersuchung zu verzichten. Die Kommunalaufsicht besteht auf diesem Verfahren. Eine vorläufige Wirtschaftlichkeitsuntersuchung zeigt auf, ob das Projekt wenn es denn durch einen privaten Investor finanziert wird wirtschaftlicher ist. Die Verwaltung hatte, da es sich um eine Sondersituation handelt, da bereits ein potentieller Investor vorhanden ist, gehofft, dass die Kommunalaufsicht auf eine vorläufige Wirtschaftlichkeitsuntersuchung verzichtet. Vor dem Hintergrund des Ergebnisses des Gesprächs bei der Kommunalaufsicht wurde die Beschussvorlage erstellt, in welcher den Stadtverordneten vorgeschlagen wird, die vorläufige Wirtschaftlichkeitsuntersuchung möglichst umgehend durchzuführen. Frau Aubel bittet darum, dass dieser Beschluss in den Fraktionen bereits vor der Stadtverordnetenversammlung beraten wird, damit Stadtverordnetenversammlung am 31.01.2018 eine sofortige in Beschlussfassung erfolgen kann. Für diese Wirtschaftlichkeitsuntersuchung werden ca. 70.000 € benötigt, welche aus Haushaltsrestmitteln aus dem Vorjahr beglichen werden soll. Nach der Wirtschaftlichkeitsuntersuchung kann das Interessenbekundungsverfahren anlaufen. Der Zeitraum dazu kann bisher noch nicht genau benannt werden.

Auf Nachfrage von **Frau Naundorf**, nach dem Ziel der Wirtschaftlichkeitsuntersuchung erklärt **Herr Richter**, dass sich im Ergebnis der Prüfung ein mindestens preisgleiches Niveau ergeben müsse um das weitere Verfahren zu betreiben.

Herr Wollenberg fragt nach, wie viel Zeit die Wirtschaftlichkeitsuntersuchung in Anspruch nehmen wird und erwähnt, dass die inhaltliche Betrachtung bei der Realisierung Bestandteil der Wirtschaftlichkeitsuntersuchung sein müsse, denn wenn das Projekt auf kommunaler Ebene realisiert wird, müsse das Projekt Sandscholle mit in Betrachten gezogen werden, und die nötigen Ersatzsportflächen geschaffen werden. Dies sollte der Investor in gleicher Weise tun, wenn er sein eigenes Grundstück nutzt.

Frau Aubel versichert, dass dabei auch die Rahmenbedingungen mit berücksichtigt werden und berichtet, dass die Untersuchung im besten Fall im Sommer, im schlechtesten Fall im Herbst/Winter abgeschlossen sein wird. Zur Vergabe berichtet **Frau Aubel**, dass nach derzeitigem Kenntnisstand eine europaweite Ausschreibung erforderlich sei, da nicht nur die vorläufige Wirtschaftlichkeitsuntersuchung ausgeschrieben werden müsse, sondern auch die tatsächliche Wirtschaftlichkeitsuntersuchung.

Herr Viehrig bittet um ein Signal der Verwaltung, wenn es einen neuen Sachstand dazu gibt und der Punkt wieder auf die Tagesordnung gesetzt werden kann.

Die Vorlage wird vorerst **zurückgestellt**. Eine Information seitens der Verwaltung, sobald ein neuer Sachstand gegeben werden kann, erfolgt.

zu 3.6 Einwohnerversammlung im Ortsteil Fahrland gemäß § 4 Abs. 1 in Verbindung mit § 4 Abs. 1 Nr. b) und e) der Hauptsatzung der Landeshauptstadt Potsdam

Vorlage: 17/SVV/0739

Oberbürgermeister, GB Soziales, Jugend, Gesundheit und Ordnung

Frau Aubel informiert über den ersten groben Zeitplan. Die Ausschreibung und Vergabe soll im 4. Quartal im Jahr 2018 erfolgen, im 2. Quartal im Jahr 2019 die Entwurfsplanung, Anfang 2020 die entsprechende Genehmigung und die Ausschreibung der Vergabe. Es soll 4 Bauabschnitte geben, startend mit dem 1. Bauabschnitt im Jahre 2021 und finalisierend mit dem 4. Bauabschnitt im 3. Quartal 2026.

Frau Lange fragt an, ob die 3-zügigkeit die ab nächstem Schuljahr starten soll mit Containern überbrückt wird.

Frau Aubel erläutert, dass ab dem Schuljahr 2019/2020 mit Containern gearbeitet wird, bis der Anbau realisiert ist.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 3.7 Standortsicherung Montelino

Vorlage: 17/SVV/0890 Fraktion DIE aNDERE

Frau Beck bringt den Antrag ein.

Frau Aubel informiert, dass hier das Jugendamt federführend sei. Sie informiert darüber, dass am 14.12.2017 im Jugendhilfeausschuss die Vorlage17/SVV/0950, mit folgendem Wortlaut bereits beschlossen wurde:

- Der Zirkus Montelino soll ohne Interimslösung direkt an einen endgültigen Standort umziehen. Bis das möglich ist, soll der Betrieb am jetzigen Standort fortgeführt werden.
- 2. Die Planungen für einen Jugendclub an der Georg-Hermann-Allee sind zügig fortzuführen und schnellstmöglich zu realisieren.

Der Antrag 17/SVV/0890 steht am 25.01.2018 ebenfalls auf der Tagesordnung des Jugendhilfeausschusses, in welchem möglicherweise bereits eine entsprechende Auskunft zur Standortsicherung der ProPotsdam GmbH vorliegen kann.

Niederschrift der 34. öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Bildung und Sport vom 16.01.2018

Herr Wollenberg berichtet aus der Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 14.12.2017. Es sei ein Standort in Planung, zu welchem die abschließenden Prüfungen allerdings noch laufen. Der Entwicklungsträger habe aber zugesichert, dass es keinen doppelten Umzug geben wird.

Frau Beck bittet den Antrag zur Abstimmung zu stellen.

Der Antrag wird zur Abstimmung gestellt:

Der Ausschuss für Bildung und Sport empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, dafür Sorge zu tragen, dass die Zeltpunkt Montelino gGmbH den bislang genutzten Standort im BUGA-Volkspark solange weiternutzen kann, bis der zukünftige Standort des Zirkuszeltes geklärt ist und ein direkter Umzug auf den neuen Standort möglich ist.

Über den Sachstand sollen die Stadtverordneten im Januar 2018 informiert werden.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen.

zu 3.8 Satzung über die Bildung von Schulbezirken der Landeshauptstadt Potsdam

Vorlage: 17/SVV/0898

Oberbürgermeister, Fachbereich Bildung und Sport

Herr Viehrig informiert, dass es hierzu bislang keinen neuen Sachstand gibt; die Containerlösung in Babelsberg ist in die Wege geleitet.

Herr Roggenbuck stellt sich als Ortsvorsteher Marquardt vor und berichtet, dass diese Vorlage im Ortsbeirat behandelt wurde. Er erläutert, dass Marquardt unter Schulbezirk 7 fällt und Fahrland zugeordnet ist, eine Zuordnung zum Schulbezirk 11 zur neuen Schule in Bornim jedoch günstiger sei.

Herr Viehrig bittet, da sich diese Vorlage nur auf den Sozialraum Babelsberg bezieht, Herrn Roggenbuck sein Anliegen inklusive dem Beschluss des Ortsbeirates an die Ausschussbetreuer bzw. die Verwaltung zu übermitteln, damit das Anliegen ggf. in einer späteren Sitzung geklärt werden kann.

Frau Lange ergänzt, dass die Erreichbarkeit der Schule in Fahrland für die Einwohner aus Marquardt schwierig gestaltet sei, da es nur eine Busverbindung gebe.

Frau Schkölziger bittet auch den Kreisschulbeirat zu diesem Thema mit einzubeziehen.

Die Vorlage wird von der Verwaltung zurückgezogen.

zu 3.9 Grundschulstandort Heinrich-Mann-Allee

Vorlage: 17/SVV/0913
Fraktion DIE LINKE

Herr Richter berichtet, dass derzeit mehrere Eigentümer agieren und er optimistisch ist, dass es bald einen positiven Abschluss geben wird.

Herr Wollenberg bittet um Annahme des Antrages, da ein positiver Abschluss seitens des KIS unerheblich dafür sei.

Da bis zum Februar keine Bebauung stattfinden wird, bittet **Herr Keller** um Verschiebung des Antrages.

Die Mehrheit der Ausschussmitglieder stimmt der Zurückstellung bis zur Sitzung im Februar zu. Der Antrag wird **bis Februar zurückgestellt**.

zu 3.10 Ergebnis der Prüfungen zur Erneuerung und Modernisierung des Sportplatzes zum Kahleberg, Waldstadt

Vorlage: 17/SVV/0923

Oberbürgermeister, Kommunaler Immobilien Service

Herr Viehrig fragt, ob aufgrund des schlechten Zustandes der Container, es habe dort unter Anderem reingeregnet, geplant sei, ein Austausch der Containeranlage vorzunehmen.

Herr Richter informiert darüber, dass sämtliche gemeldete Beschädigungen an den Containern repariert wurden und auch fortlaufend repariert werden. Eine Neuanlage oder Austausch ist jedoch derzeit nicht geplant.

Herr Böttcher informiert darüber, dass die Sportvereine die am Nachmittag den Platz nutzen eine Zusage der Verwaltung haben, die Sanitäranlagen der Sporthalle mit zu nutzen, seitens der Schule wurde dies jedoch verweigert. Er bittet die Verwaltung um Klärung.

Frau Aubel sagt eine Information im Nachgang zu.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 3.11 Berichterstattung zur Verbesserung der IT an Schulen

Vorlage: 17/SVV/0924

Oberbürgermeister, Fachbereich Steuerung und Innovation

Herr Viehrig informiert, dass es hierzu, seit der letzten Berichterstattung im Novemberausschuss keinen neuen Sachstand seitens des Bereiches Strategische Steuerung gebe.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 4 Mitteilungen der Verwaltung

zu 4.2 Berichterstattung Evaluierung Luftschiffhafen

gemäß DS: 15/SVV/0714

Frau Aubel informiert, dass durch die geschäftsbereichsinterne Überarbeitung der Zielvereinbarung, sowie der Nutzerbefragung und die Klärung von offenen Punkten wie der Vermarktung des Luftschiffhafens, sowie die Lösung einiger Konflikte mit den Nutzern, zurzeit kein aktueller Sachstand gegeben werden kann. Sie bittet darum die Berichterstattung auf März zu verschieben, da dann bereits ein Ausblick auf die Abschlussberichterstattung gegeben werden kann.

Herr Wollenberg regt an die Arbeitsgruppe Luftschiffhafen, die in diesem Zusammenhang aus dem Ausschuss heraus gegründet wurde wieder aufleben zu lassen und in die Bearbeitung mit einzubeziehen.

Frau Aubel war eine solche Arbeitsgruppe bisher nicht bekannt, sie begrüßt diese aber.

Die Vorlage wird bis März zurückgestellt.

zu 5 Sonstiges

zu 5.1 nächste Ausschusssitzung

Herr Viehrig weist darauf hin, dass auf der außerordentlichen Sitzung am 13.02.2018, welche bei Bedarf einberufen wird, nur die Haushaltsthemen besprochen werden sollen, und es keine weiteren Tagesordnungspunkte geben wird. Er erinnert an die Sitzung am Donnerstag den 22.02.2018, gemeinsam mit dem Jugendhilfeausschuss im Bürgerhaus am Schlaatz.